

# GÖTTINGER BLÄTTER

12.2018

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► Parteiensystem im Umbruch!

Die beiden letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen machen das Offensichtliche noch offensichtlicher: Es findet ein massiver Umbruch des Parteiensystems statt.

Die bisherigen Volksparteien verlieren jeweils zweistellig, die rechtsextreme AfD hat sich als Partei fest etabliert und ist in sämtlichen Landtagen vertreten.

### Ergebnis Landtagswahl Bayern

	2018 Prozent	2013 Prozent	2018 Sitze	2013 Sitze
<b>Wahlb./ Sitze</b>	72,4%	63,6%	205	180
CSU	37,2%	47,7%	85	101
Grüne	17,5%	8,6%	38	18
FW	11,6%	9,0%	27	19
AfD	10,2%	n.a.	22	n.a.
SPD	9,7%	20,6%	22	42
FDP	5,1%	3,3%	11	0
<b>DIE LINKE</b>	<b>3,2%</b>	<b>2,1%</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### Ergebnis Landtagswahl Hessen

	2018 Prozent	2013 Prozent	2018 Sitze	2013 Sitze
<b>Wahlb./ Sitze</b>	72,4%	63,6%	137	110
CDU	27,0%	38,3%	40	47
Grüne	19,8%	11,1%	29	14
SPD	19,8%	30,7%	29	37
AfD	13,1%	4,1%	19	0
FDP	7,5%	5,0%	11	6
<b>DIE LINKE</b>	<b>6,3%</b>	<b>5,2%</b>	<b>9</b>	<b>6</b>

Während die Unionsparteien trotz ihrer Verluste eindeutig ihren Status als stärkste Partei behaupten können, scheint die Rolle der SPD nicht nur als potentiell mehrheitsfähige Volkspartei, sondern auch als mögliche Kanzlerpartei weitgehend erledigt zu sein. Anders als bei den Unionsparteien ist dies auch kein neuer Trend, sondern eine Entwicklung, die durch die Regierungspolitik Schröders und der Beteiligung an der Großen Koalition eingeleitet und sich in den letzten zehn Jahren immer weiter verstärkt hat.

Die Menschen wissen einfach nicht mehr, warum sie SPD wählen sollen.

So rutschte die SPD bereits bei der Bundestagswahl 2009 auf nur noch 23%, erholte sich 2013 leicht auf 25,7%, um dann 2017 auf 20,5% abzurutschen. Seit nunmehr zehn Jahren hat die SPD also keinerlei Chance mehr stärkste Partei auf Bundesebene zu werden. Tragisch für sie ist, dass sie nicht nur auf Bundesebene ihren zweiten Platz zu verlieren droht, sondern in vielen Bundesländern bereits verloren hat. Neu ist, dass dies

#### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

#### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

#### Inhalt

Parteiensystem	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. im Kreistag	7
Die LINKE. Kreisverband	8
Die LINKE. Kreisverband	9
GöLinke	10
GöLinke Ratsinfo	11
Forts. Parteiensystem	12

#### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2018  
ist der 14. Dezember.  
Auslieferung am 20. Dezember.

neben ostdeutschen Ländern wie Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt auch die süddeutschen Länder Baden-Württemberg seit 2011 und neuerdings Bayern betrifft. In Hessen teilt sie sich den zweiten Platz mit den Grünen. Wie das Rennen zwischen SPD und Grünen ausgehen wird, wird sich nach der Europawahl deutlicher zeigen.

Interessanterweise zeigte sich gerade bei der Landtagswahl in Niedersachsen im Oktober 2017 für die SPD mit 36,9% ein sehr gutes Ergebnis, nachdem die Partei angekündigt hatte, nicht mehr für eine große Koalition zur Verfügung zu stehen. Der erneute Eintritt in diese Koalition hat der Partei enorme Glaubwürdigkeit gekostet und den Abwärtstrend beschleunigt.

Die Linkspartei konnte im Gegensatz zu den Grünen hiervon nur wenig profitieren.

Bisher hat die SPD noch über 450.000 Mitglieder, dies sind nur noch die Hälfte,

(...) weiter auf Seite 12



# Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

## Veranstaltungshinweise

### Widerstand, Resistenz und Verfolgung in Göttingen (Stadtrundgang)

**Freitag, 7. Dezember 2018, 14.30 – 16.30  
Uhr**

**Treffpunkt: Gedenkstein für die  
Widerstandsmenschen beim Thomas-  
Bürgenthal-Haus (Stadtbibliothek)  
– Ecke Paulinerstraße/Gotmarstraße 8,  
Göttingen**

Der Rundgang wird geleitet von Joachim Bons, Rainer Driever, Lisa Grow und Günther Siedbürger.

Veranstaltet von der Geschichtswerkstatt Göttingen

Der Stadtrundgang führt zurück in die Anfangszeit des Nationalsozialismus in Göttingen. Sozialdemokraten, Gewerkschafter, KPD und andere linksgerichtete Kräfte waren erklärte Ziele der Verfolgung durch das neue Regime. Wir zeigen Orte dieser ersten Repressionswelle ab Frühjahr 1933 und gehen anhand der Geschichten ausgewählter Akteure auf antifaschistischen Widerstand und Resistenz in Göttingen ein. Zudem werden Streiflichter die Schicksale ausländischer Zwangsarbeiter in Göttingen beleuchten.

### Von der „vorbeugenden Ver- brechensbekämpfung“ zum bayerischen Polizeigesetz

**Dienstag, 11. Dezember 2018, 19 Uhr  
Holbornsches Haus, Rote Str. 34,  
Göttingen**

**Vortrag und Diskussion mit Rasmus  
Kahlen, Fachanwalt für Strafrecht  
Veranstaltet von f\_act und OLAfA**

Ein juristisches Mittel des NS-Unrechtsstaates war die „vorbeugende Verbrechensbekämpfung“. Vorgeblich um die Bevölkerung zu schützen, wurden Menschen ohne Tatvorwurf inhaftiert. Die

„Schutz-“ und „Vorbeugehaft“ befähigte Behörden, alle zu entrechteten, die nicht der NS-Ideologie entsprachen.

Einige dieser Gesetze hatten auch nach 1945 Bestand. Der Grundgedanke der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ behauptet im deutschen Recht erschreckende Aktualität, etwa bezüglich sogenannter „Gefährder“, bei der Einführung umfassender Polizeigesetze oder der „Sicherungsverwahrung“.

### Der Wahrheit auf der Spur: Wie recherchiert man die Beteiligung von Familienmit- gliedern am Nationalsozialis- mus?

**Donnerstag, 13. Dezember 2018, 19 Uhr  
Dauerausstellung „Auf der Spur euro-  
päischer Zwangsarbeit. Südniedersach-  
sen 1939-1945“ in der BBS II, Gode-  
hardstraße 11, Göttingen**

**Veranstaltet von NS-Familien-Geschichte:  
hinterfragen – erforschen – aufklä-  
ren e.V.**

Die Veranstaltung will anregen, sich mit der NS-Vergangenheit der eigenen Familie auseinander zu setzen und dazu Hilfestellung geben. Am Beispiel realer Recherchen wird gezeigt, wie erkenntnisreich solche Nachforschungen sind. Anschließend werden die unterschiedlichen Methoden zum Recherchieren erläutert. Kolportierte Anekdoten über den Onkel bei der Wehrmacht und Sätze wie „Oma war immer gegen Hitler“ kennen wir alle. Die Zeit ist günstig, tradierten Familienlegenden auf den Grund zu gehen. Gerade heute lassen sich Werdegänge verwandter Personen im Nationalsozialismus oft detailliert nachvollziehen und belegen.

### KaZett und Kabarett - Wider- worte in brauner Zeit

**Sonntag, 6. Januar 2019, 19 Uhr  
Altes Rathaus, Göttingen**

**Veranstaltet von der Gesellschaft für  
christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.**

Der Vortrag handelt vom aufschlussreichen und kritischen Blick des Karikaturisten einer kleinen, sozialistischen Zeitung aus Luxemburg über die Mosel hinüber, auf das NS-Regime der 30er Jahre. Er zeigt den Druck und die Bedrohung, die Nazi-Deutschland für ihn, für sein Land und für Europa darstellte. Er greift auf, wie eine lokale Widerstandsbewegung im besetzten Luxemburg Zeichnungen und Karikaturen in ihrem Kampf gegen die Nazis eingesetzt hat. Und er zeigt, wie sensibel eine Diktatur auf Schmähungen reagieren kann.

### „My Two Polish Loves“ (OmU)

**Donnerstag, 10. Januar 2019, 19 Uhr  
Kino Lumière, Geismar Landstr. 19,  
Göttingen**

**Dokumentarfilm und Gespräch mit den  
Filmemacherinnen Tali Tiller und Mag-  
da Wystub**

**Veranstaltet von [femko] in Kooperati-  
on mit dem Kino Lumière**

Tali begibt sich auf eine bewegende Reise in die polnische Stadt Lodz, um den Spuren ihrer persönlichen und familiären Geschichte nachzugehen.

Im Zentrum stehen ihre in Polen aufgewachsene Partnerin Magda und ihre Großmutter Silvia, eine Holocaust-Überlebende, deren Stimme und Erinnerungen die beiden begleiten. Während sie auf der Suche nach lang vergessenen Straßennamen Lodz durchwandern und das ehemalige Ghetto besuchen, entdecken Tali und Magda überraschende Übereinstimmungen in ihrem polnischen Erbe. Der Film geht der Frage nach, wie Erinnerungen an Holocaust und Krieg von Frauen erlebt, erzählt und weitergegeben werden.

# Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

## Mitgliederversammlung

am 11. Dezember um 20.00 Uhr im Berliner Hof



unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► Niederlage der Demokratie in Brasilien

**Viele fragen sich, wie es möglich war, dass nach dem Erlass der Bürgerverfassung von 1988 und den demokratischen Regierungen von Fernando Henrique Cardoso, Lula und Dilma Rousseff die Brasilianer einen obskuren Abgeordneten gewählt haben, der ein erklärter Befürworter der Folter ist.** Autor: Frei Betto | internet@granma.cu (gekürzt)

**1933 kam Adolf Hitler in Deutschland durch eine demokratische Wahl an die Macht. Im Jahr 2018 wurde der ehemalige Hauptmann der Armee, Jair Bolsonaro, zum Präsidenten Brasiliens gewählt.**

Wie war es möglich war, dass die Brasilianer jemanden gewählt haben, der ein erklärter Befürworter der Folter sowie ein kompromissloser Verteidiger der Militärdiktatur.

Nichts geschieht zufällig. Es kommen vielfältige Faktoren zusammen, die den kompetentesten Aufstieg von Bolsonaro erklären. Die brasilianische Demokratie war immer fragil. Seit die Portugiesen 1500 in unser Land betraten, haben autokratische Regierungen dominiert. Als Kolonie wurden wir bis 1889 von der portugiesischen Monarchie regiert.

In den letzten 33 Jahren der Demokratie, seit 1985, starb ein Präsident, bevor er sein Amt antreten konnte (Tancredo Neves). Sein Vize, José Sarney übernahm und führte das Land in den Ruin. Fernando Collor wurde als „Jäger der Maharadschas“ (Beamte mit hohen Gehältern) gewählt und zweieinhalb Jahre später wegen Korruption aus dem Amt entfernt. Sein Vize Itamar Franco übernahm. Ihm folgten zwei Amtszeiten von Fernando Henrique Cardoso (1995 – 2003), zwei von Lula (2003 – 2011), eine volle von Dilma (2011 – 2014), die nach ihrer Wiederwahl ebenfalls durch ein klar putschistisches Amtsenthebungsverfahren nach einem Jahr und acht Monaten aus dem Amt entfernt und durch ihren Vize Michel Temer ersetzt wurde, der am 1. Januar 2019 die Präsidentschärpe an Bolsonaro übergeben wird.

### ERFOLGE UND IRRTÜMER DER ARBEITERPARTEI

Wie ist es zu erklären, dass nach 13 Jahren Regierung der Partei der Arbeiter (PT)

57 Millionen Brasilianer einen Militär von niedrigem Rang, der 28 Jahre Abgeordneter war zum Präsidenten wählten, der sich nicht durch seine Arbeit im Parlament hervortat, sondern durch seinen Zynismus, mit dem er die Folterer lobte und bedauerte, dass die Diktatur nicht wenigstens 30.000 Personen beseitigt hatte?

Es ist nicht die Stunde „aus einem umgestürzten Baum Brennholz zu machen“. Aber auch wenn die von den PT Regierungen geförderten sozialen Fortschritte, wie der, 36 Millionen Brasilianer der Armut entrissen zu haben, großes Gewicht haben, so muss man auch die Irrtümer hervorheben, die ihren politischen Verschleiß erklären. Dabei ragen drei heraus:

- Das Involviertsein einiger ihrer Führer in bewiesene Fälle von Korruption, ohne dass die Ethikkommission einen von ihnen sanktioniert hätte.
- Die Vernachlässigung der politischen Alphabetisierung der Bevölkerung sowie der Kommunikationsmedien, wie kommunitäres Radio und Fernsehen und die alternative Presse.
- Während der 13 Jahre an der Regierung keine Strukturreform durchgesetzt zu haben, außer der, die das Beitragssystem zur Sozialversicherung verändert hat.

Die PT ist heute Opfer der politischen Reform, die sie nicht in der Lage war zu fördern.

Im darauffolgenden Jahr wurde Dilma mit einem knappen Stimmenanteil gegenüber ihrem Gegner Aécio Neves wiedergewählt. Die PT hatte die Botschaft, die von den Urnen ausging, nicht verstanden. Sie übernahm die Wirtschaftspolitik des Regierungsprogramms der Opposition.

Mit Temer verschärfte sich die Krise mit Millionen von Arbeitslosen und die Korrup-

tion gedieh. All dies hat dazu beigetragen, das politische Vakuum zu vertiefen. Von den Parteien, die am meisten im Kongress vertreten sind, hatte nur die PT einen repräsentativen Führer: Lula. Obwohl er im Gefängnis saß, beabsichtigten 39 % für ihn zu stimmen. Aber er wurde ohne Beweise inhaftiert, um ihn aus dem Rennen um die Präsidentschaft auszuschließen.

Dann kam. Wie ist der kompetenteste Aufstieg des Kandidaten einer winzigen, unbedeutenden Partei. Bolsonaro, zu erklären?

Der Hauptmann erhielt die Unterstützung von drei wichtigen Segmenten der brasilianischen Gesellschaft:

Zunächst vom einzigen Sektor, der sich in den letzten 20 Jahren hartnäckig der Organisation der Armen verschrieben hat: Die konservativ geprägten evangelischen Kirchen. Die PT hätte erkennen müssen, dass sie niemals eine solche nationale Kapillarwirkung erzielt hatte, als zu der Zeit, als sie auf die Unterstützung der Kirchengemeinden der Basis zählen konnte. Aber sie führte keinerlei Basisarbeit durch.

Er wurde auch von jenem Segment der Militärpolizei unterstützt, das sich nach den Zeiten der Militärdiktatur zurücksehnt, als es viele Privilegien hatte.

Er bekam außerdem die Unterstützung von Sektoren der brasilianischen Elite, die sich über die rechtlichen Beschränkungen ärgern, die ihre unsauberen Geschäfte insbesondere im Amazonasgebiet erschweren.

Und da ist noch ein neuer Faktor, der die Wahl von Bolsonaro begünstigt hat: Die mächtige Lobby der von den USA aus gesteuerten digitalen Netze.

Millionen von Botschaften wurden direkt an 120 Millionen Brasilianer mit Zugang zum Internet verschickt, (...)

(...) Forts. auf Seite 12



# Deutsche Kommunistische Partei

## Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

## ► Verkämpft im Wohnungskampf?

### Über die Sackgassen der Wohnungspolitik

**Wohnungsmangel und explodierende Mieten sind derzeit zentrale politische Themen. In den vergangenen Wochen haben Zehntausende in deutschen Städten gegen Hormormieten und Wohnungsspekulation demonstriert. So unterstützenswert diese Aktionen sind – ein genauere Blick auf das Thema wirft die Frage auf, ob der aktuelle „Wohnungskampf“ wirklich zielführend ist – oder ob er nicht vielmehr Gefahr läuft, lediglich an Symptomen herumzukurieren**

Denn auch bei einem durchgesetzten Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen, auch bei einer verschärften Mietpreisbremse – letztlich bleibt immer ein lokaler Mangel an Wohnungen das Kernproblem. Was wiederum so gut wie immer zu der Forderung führt: Mehr bauen. Und damit sitzt man schnell in der politischen Falle.

In Deutschland fehlen eine Million Wohnung. Dadurch entsteht aber zwangsläufig eine zunehmende Knappheit an Flächen. Es gibt aber noch weitere limitierende Faktoren: Neubaugebiete brauchen Infrastrukturen, also Straßen, Plätze, Schulen, Kindergärten oder Gesundheitseinrichtungen. Diese Infrastrukturen erfordern nicht nur öffentliche Finanzierung – sie brauchen auch Platz und drücken weiter auf das begrenzte Angebot an Grund und Boden. Boden ist also knapp und bleibt damit wenig flexibel.

#### Grund und Boden in öffentliche Hand.

Es existieren in den Wachstumszentren einfach nicht genug Flächen. Und deshalb auch keine Marktmechanismen, die das Angebot und die Nachfrage nach Wohnungen in Übereinstimmung bringen könnten.

Das heißt aber auch: Alle Rufe nach mehr Bauen und nach billigerem Bauen sind ein politischer Holzweg und ignorieren die Grenzen des Bauens.

Damit hier keine Missverständnisse entstehen: Ich bin für die Mietpreisbremse, für ein Umwandlungsverbot, ich befürworte die Besteuerung von Bodenrenten. Und ich bin der Ansicht, dass Grund und Boden in öffentliche Hand gehören und die Bautätigkeit von Kommunen und Genossenschaften gegenüber der Bautätigkeit der Investoren und Spekulanten

ausgeweitet werden muss. Trotzdem halte ich es für mehr als unwahrscheinlich, dass all diese Maßnahmen allein einen ausreichend großen positiven Effekt auf den Wohnungsmarkt, auf das Angebot an Wohnungen und die Mieten haben könnten.

#### Statt Wohnungsbaupolitik – Regionalpolitik und Wachstumsbremse

Wenn nun die zentralisierungsbedingte Binnenwanderung in Deutschland und Europa anhält, werden es die Städte in den kommenden Jahren bestenfalls schaffen, durch Verdichtung und Betonierung ihrer letzten Flächen den derzeitigen skandalösen Zustand in der Schwebelage zu halten – und damit sitzen sie mitten in der oben behaupteten politischen Falle. Denn das bedeutet eben auch, weiteren Zuzug in diese überhitzten Regionen mehr schlecht als recht aufrechtzuerhalten, der dann wiederum weiteren Baubedarf nach sich zieht und die Mieten weiterhin hochhält. Das Spiel dreht sich unendlich weiter und die regionalen Ungleichgewichte nehmen zu. Wohnungsbaupolitik folgt damit brav und treu der Kapitalzentralisation und flankiert sie.

Natürlich werden die Kommunen nicht umhinkönnen, in nächster Zeit Wohnungen zu schaffen, schlichtweg zur Chaosbegrenzung. Doch langsam sollte klar werden: Die Lösung des Wohnungsproblems besteht nicht in Wohnungsbaupolitik, sondern in effektiver Regionalpolitik. Statt die Menschen zur Arbeit zu bringen, muss man die Arbeit zu den Menschen bringen!

Das Problem dabei: Es gibt zwar Konzepte für eine aktive Regionalpolitik und deutlich ausgeweitete Regionalförderung – aber keinen politischen Umsetzungswillen dafür. Letztlich würde eine solche

### Mitgliederversammlungen November/Dezember

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### MV Dienstag, 18. Dezember, 20:00 Uhr

Die EU, unsere Haltung dazu, Beteiligung der DKP an der Europawahl

**Die DKP-Treffen finden jetzt jeden ersten und dritten Dienstag im Monat statt (ggf. auch den fünften).**

Politik Geld kosten und Elemente einer Investitionslenkung beinhalten müssen. Unvorstellbar für all unsere marktgläubigen, marktkonformen Politiker.

Umso mehr müsste aber die marktkritische Linke das Thema Regionalpolitik aufgreifen. Um dem auf die Sprünge zu helfen, gäbe es einen simplen Ansatz: Die Propagierung und Durchsetzung von Wachstumsbremsen für überhitzte Boomregionen als ein erster, kleiner Schritt in Richtung ausgleichende Regionalpolitik.

Erst dann, wenn zusätzlich zu Maßnahmen wie der Mietpreisbremse, dem Umwandlungsverbot und dem Bau von Sozialwohnungen statt von Luxuswohnungen eine Politik der Wachstumsbegrenzung und der aktiven Regionalförderung hinzutritt, würde die Sache rund.

Hinweis: Allen Lesern die sich eingehender mit der Thematik befassen möchten, empfehle ich die hochinteressante Studie „Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern“ von Simon Dudek und Andreas Kallert, herausgegeben von der Rosa Luxemburg Stiftung, Studie 2/ 2017.

Der Text erschien am 28. Oktober auf der Internetseite des Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung isw und ist hier stark gekürzt wiedergegeben; komplett zu lesen unter: [http://www.kommunisten.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=7366:verkaempft-im-wohnungskampf-ueber-die-sackgassen-der-wohnungspolitik&catid=104:meinungen](http://www.kommunisten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=7366:verkaempft-im-wohnungskampf-ueber-die-sackgassen-der-wohnungspolitik&catid=104:meinungen)

# GROBIAN GRONER BÜRGERINITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- ☛ Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- ☛ Mail: grobian-grone.web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags 20.00 Uhr, Jona-Gemeinde



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

8. November:

## ► Kundgebung gegen die Vernichtung bezahlbaren Wohnraumes



# IN Grone



den Betrieben für Niedriglohn und Leiharbeit sorgen.

Das Kulturprogramm sorgte dann doch für einen Höhepunkt: Sowohl zu Beginn wie auch zum Abschluss der Kundgebung sangen die TeilnehmerInnen das alte Kinderlied „Baggerführer Willibald“ von Dieter Süverkrüp, das dieser bereits 1973 herausgebracht hatte.

Die Presse war gut vertreten: NDR 1 brachte bereits um 19.30 Uhr einen kleinen Bericht im Fernsehen, die HNA berichtete noch am gleichen Tag auf ihrer

Rund 70 Menschen kamen zu der vom Verein „IN Grone“ angemeldeten Kundgebung, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, dass der Bauausschuss den vorgelegten B-Plan für Grone ablehnen solle.

Viele von ihnen waren MieterInnen, die in der Mieterinitiative aktiv sind oder durch Flugblätter im Stadtteil darauf aufmerksam gemacht wurden.

Christa Siebecke leitete als stellv. Vorsitzende des Vereins IN Grone die Kundgebung ein, indem sie den Charakter des Vereins schilderte, der sich um eine gute, interkulturelle Nachbarschaft

kümmert: Die ADLER AG ist dabei, diese gute Nachbarschaft zu zerschlagen, wenn sie bei rd. 700 Wohnungen eine durchschnittliche Mieterhöhung um knapp 50 % umsetzen will. Deshalb, so Siebecke, hat sich der Verein dieser Frage angenommen.

Hendrik Falkenberg versuchte, die verschiedenen Facetten, die die Pläne der ADLER AG enthalten sowie die Nebelkerzen, die der Konzern, aber auch die Stadtverwaltung

inzwischen geworfen haben, zu erläutern.

Der Kreisvorstand des DGB, vertreten durch Tim Kessling, überbrachte ein Grußwort, in dem er deutlich machte, dass es die gleichen Kräfte sind, die im Wohngebiet die Renditen für die Kapitaleigner erhöhen wollen und in



Internetseite, das GT einen Tag später. Das Stadtradio berichtete am Tag ´drauf stündlich.

Bei der Sitzung des Bauausschusses dann sah es zunächst so aus, als wollten einige Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung das Thema möglichst zügig vom Tisch haben. Sie verkündeten, dass der B-Plan zu verschieben sei, weil noch Beratungsbedarf durch den Ortsrat Grone angemeldet sei. Doch nach einer Intervention des Stadtbaurates wurde der Antrag noch intensiv diskutiert. Aber wieder kamen die negativen Folgen für die MieterInnen eigentlich nicht zur Sprache.





# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

**Mittwoch, 9. Januar 2019, 19:00 Uhr** im Saal der Roten Hilfe,  
Lange Geismar Straße 3, GÖ

### Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, Tagesordnung
2. Wahl einer Wahl- und Zählkommission
3. Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten für den Landesparteitag
4. Berichte: Kommunalpolitik, Ortsverbände und Arbeitsgruppen
5. Antrag zur Änderung der Satzung
6. Verschiedenes

Ergänzungen der Tagesordnung sind möglich. Die vollständige Tagesordnung erscheint in der Januar-Ausgabe der Göttinger Blätter.

## Jugendverband [‘solid’]:

In der Regel wöchentlich: Donnerstag, 19.30 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange Geismar Str. 73

## Termine der Ortsverbände:

### OV Göttingen Mitgliederversammlung:

**Mittwoch, 12. Dezember, 19:30 ! Uhr** im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3, Göttingen

Schwerpunktthema: „Zur aktuellen Lage in Syrien“ mit Toto Lyna

### OV Altkreis-Osterode Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Ilyas Cangöz erfragen!

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

**Mittwoch, 12. November 2018, 18:00 Uhr**, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Termin bitte bei Bettina Weigert (vgl. Adressenspalte) erfragen.

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

**Nächstes Treffen Dienstag, 15. Januar, 17.30 Uhr** im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen



## KV Göttingen/Osterode

Bürgerstraße 26, 37073 Göttingen

Tel.: 0551 49 28 03 28

[kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de)

### Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: [linksjugend-goettingen@web.de](mailto:linksjugend-goettingen@web.de)

**Hochschulgruppe SDS:** Katja Sonntag,

E-Mail: [katja.sonntag@die-linke-goettingen.de](mailto:katja.sonntag@die-linke-goettingen.de)

### Ortsverbände:

#### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

#### OV Rosdorf

Bettina Weigert, Tel. 0175-1948368

[rosdorf@dielinke-goettingen.de](mailto:rosdorf@dielinke-goettingen.de)

#### OV Bovenden

Marius Fedry, Tel. 0159 01282354

[bovenden@dielinke-goettingen.de](mailto:bovenden@dielinke-goettingen.de)

#### OV Altkreis Osterode

Ilyas Cangöz

[kreis.osterode@die-linke-goettingen.de](mailto:kreis.osterode@die-linke-goettingen.de)

#### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

[dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

### Zusammenschlüsse:

#### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

#### Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

[edgar.schu@goettinger-linke.de](mailto:edgar.schu@goettinger-linke.de)

#### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: [ag-gb@dielinke-goettingen.de](mailto:ag-gb@dielinke-goettingen.de)

#### AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

#### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

#### Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: [walter.noobsch.kpf@gmx.de](mailto:walter.noobsch.kpf@gmx.de)

#### AG Antifa:

[ag-antifa@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-antifa@die-linke-goettingen.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: [rlc-goettingen@rls-nds.de](mailto:rlc-goettingen@rls-nds.de)

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

## Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Kassel Göttingen eG

IBAN DE08 5209 0000 0047 3038 00

# DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 12 - Oktober 2018

## EDITORIAL

Den Auftakt der Kreistagssitzung am 30.10. bildete wie stets zu dieser Jahreszeit die Einbringung des Haushaltes für das kommende Jahr durch eine Rede des Landrates. Diese begann damit, dass eine zunehmende „Gereiztheit der öffentlichen Debatte“ beklagt wurde. Reuter klagte, „das rechte Maß im Umgang miteinander“ sei „nicht mehr gegeben“, wobei er gleichzeitig die Folgen neoliberaler Politik verniedlichte. Im Laufe der Debatte trugen aber gerade einzelne Abgeordnete der SPD eine völlig unnötige Schärfe in die Debatte.. Die Abgeordneten unserer Gruppe reagierten darauf mit betonter Sachlichkeit und äußerten lediglich bei ausfallenden Beleidigungen eines SPD-Mannes aus Bovenden vernehmbar ihren Unmut.

## TOP 9 – Bürgerplattform für den Landkreis Göttingen

Beantragt wurde von unserer Gruppe die Einrichtung einer digitalen Bürgerplattform, auf der die Einwohner/innen des Landkreises Göttingen Vorschläge für Politik und Verwaltung einbringen können. Vorbild ist dabei „Liquid Friesland“ des Landkreises Friesland.

Hans-Georg Schwedhelm wies auf den aus unserer Sicht unbefriedigenden Zustand hin, dass Bürger bisher nur Fragen stellen dürfen, wodurch die Bürgerfragestunden keine wirkliche Beteiligung ermöglichen. Wer dagegen eher online unterwegs sei, solle dem Kreis auch auf diesem Wege seinen Sachverstand zur Verfügung stellen können. Die herkömmlichen Parteien wollten von dem Vorhaben nichts wissen. Wer sich äußern wolle, könne sich an sie direkt wenden, man bevorzuge den bisherigen Weg

## TOP 11 – Einrichtung einer All-Gender-Toilette

Fast einstimmig beschlossen wurde hingegen unser nächsten Antrag. Es ging um die Forderung, eine All-Gender-Toilette im Kreishaus einzurichten und eine solche künftig bei Neubauten generell vorzusehen. Kritik begegnete unsere Rednerin Rieke Wolters in der Form, dass wir alle ja bereits solche Toiletten zu Hause benutzen.

## TOP 14 – Runder Tisch zum Seeburger See

Unser zur vorherigen Kreistagssitzung eingebrachter Antrag wurde in den Ausschussberatungen durch einen Änderungsantrag von SPD/Grünen/FWLG modifiziert. Hiernach wird die Verwaltung des Landkreis Göttingen gebeten, Gespräche mit der Samtgemeinde Radolfshausen und dem Zweckverband Seeburger See aufzunehmen, mit dem Ziel, ein Leader-Projekt zu initiieren, das sich in einem breiten Beteiligungsprozess unter externer Moderation mit der Zukunft des Seeburger Sees auseinandersetzt. Ziel ist eine ökologisch nachhaltige Entwicklung des Seeburger Sees unter Berücksichtigung der touristischen Nutzung und seines hohen Freizeitwertes.

## TOP 26 - Sondergebiet Logistik Hebenshausen

Direkt hinter der Landesgrenze, neben der Gemeinde Friedland, wird in Hessen das nächste riesengroße Güterverkehrszentrum geplant. Es gehört zur Selbstverständlichkeit demokratischer Entscheidungsprozesse, dass Betroffene sich zu derartigen Projekten äußern können. Dies forderten wir daher auch für den Landkreis Göttingen ein. SPD-Abgeordneter Motzer bezeichnete uns deswegen als „Populisten von links“, wohlgermerkt, wegen einer ganz üblichen Forderung nach Abgabe einer Stellungnahme zu einem Bauvorhaben. Die – tatsächlich – betroffene Gemeinde Friedland hatte übrigens keine Möglichkeit, ihre Ansichten zu äußern, ihr wurden die angeforderten Unterlagen gar nicht zugestellt.

## TOP 13 Klimaschutzkonzept

Zum Klimaschutzkonzept, dem wir grundsätzlich zu stimmten, stellten wir einen Änderungsantrag zur Förderung der Photovoltaik, der bei der SPD wieder die vom Landrat beklagte „Gereiztheit der Debatte“ auslöste und von allen anderen Parteien abgelehnt wurde.

## TOP 30 Landschaftsschutzgebiet Göttinger Wald

Leider gibt es bei der Verwaltung, die von den anderen Parteien unterstützte Grundtendenz, die von der EU geforderte Unterschutzstellung von FFH-Gebieten lediglich in Form von Landschaftsschutzgebieten zu realisieren, so auch beim Göttinger Wald. Hier forderten wir ein Naturschutzgebiet einzurichten wie wir es bei anderen FFH-Gebieten gefordert hatten. Die Stadt Göttingen hat bereits den größten Teil ihres Anteils am FFH-Gebiet als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Eine höhere Schutzwürdigkeit der städtischen Gebiete sei nicht gegeben, so Eckhard Fascher.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag  
 Kreishaus, Zi. 66  
 Reinhäuser Landstr. 4  
 37083 Göttingen  
 Tel 05 51-525 2108

dielinke@landkreisgoettingen.de  
 dielinke-goettingen.de/kreistag

## TOP 18 – Resolution: Freiheit statt Angst – Kein 1984 für Niedersachsen

Einer muss es ja machen, und so lag es wieder mal an unserer Gruppe, einen Antrag einzubringen, in dem sich der Kreistag gegen das geplante „Niedersächsische Polizei- und Ordnungsbehördengesetz“ (NPOG) ausspricht.

Ein gleichlautender Antrag wurde bereits im September vom Rat der Stadt Göttingen beschlossen.

Klare Sache, könnte man also denken, stattdessen aber konnte vernommen werden, dass der altbekannte „Reinhäuser Graben“ zwischen Rat- und Kreishaus – insbesondere was die SPD betrifft – immer noch existiert.

Der Abgeordnete Philippi (SPD) behauptete, dieses Thema gehöre nicht in den Kreistag (warum dann in den Rat?) und man könne die „Komplexität des Gesetzes nicht erfassen“.

Nun ja, dann könnte auch jeder Straftäter behaupten, er habe die Komplexität des StGB nicht erfassen können.

Bornemann (CDU) nahm dann erstmal die Polizei in Schutz, die „diese Kreistagssitzung schützen“ müsse (ein paar Uniformierte schlenderten auch im Sitzungssaal herum), ohne zu sagen, warum und vor wem. Die Resolution sei ein „Misstrauensantrag gegen die Strafverfolgungsbehörden Niedersachsens“.

Nun ja, auch so kann man inhaltlicher Kritik ausweichen. Unterstützung bekamen wir von der stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden Obergöker (Grüne), die darauf hinwies, dass wir mit dem bisher geltenden Gesetz nicht unsicher gelebt hätten.

Der SPD-Abgeordnete Runge bezeichnete das Gesetz als „aus seiner Sicht verfassungswidrig“. Die sehr lebhafteste Debatte wurde durch einen Geschäftsordnungsantrag beendet, der auch eine Wortmeldung unseres Gruppenmitgliedes Mohan Ramaswamy zum Opfer fiel.

Der Antrag wurde dann mehrheitlich vor allem mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, während die Grünen mit uns stimmten.

Der Antrag wurde dann mehrheitlich vor allem mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt, während die Grünen mit uns stimmten.

**Landesausschuss:****► Europawahl und Einheit der Partei**

Themenschwerpunkt des am 10.11. in Hannover tagenden Landesausschuss war vor allem die Vorbereitung der Europawahl. Hierzu wurde ein Wahlkampfteam bestimmt und die ehemalige Landtagsabgeordnete Marianne König (KV Northeim) mit Stefan Marquardt (geb. Hormann) (KV Hameln-Pyrmont) zu Wahlkreiskoordinatoren gewählt.

In ihrem Referat zur Politik der EU im ländlichen Raum charakterisierte das Parteivorstandsmitglied Johanna Scheringer Wright die EU als weitgehend undemokratische Organisation, da nicht das EU-Parlament die wesentlichen Entscheidungen fällt, sondern der Ministerrat. Subventionen beispielsweise in der Landwirtschaft werden nicht nach ökologischen oder sozialen Notwendigkeiten vergeben, sondern kommen primär der Agrarindustrie zugute. In der Diskussion wurde u.a. von Diether Dehm darauf hingewiesen, dass (in der gegenwärtigen Situation) die einzelnen europäischen Nationalstaaten besser den Sozialsatz und das Tarifrecht gewährleisten können, als eine am Freihandel orientierte EU, in der „Rehkitze mit Löwen“ konkurrieren.

Obwohl der Tagesordnungspunkt „Kandidaturen aus Niedersachsen für

die Bundesliste“ auf der Tagesordnung stand, wurde entgegen einem Antrag aus Göttingen darauf verzichtet, ein Votum für einen Kandidaten/Kandidatin abzugeben. Neben Johanna Scheringer-Wright hatten sich vier weitere Kandidatinnen und Kandidaten schriftlich vorgestellt. Mit Ausnahme von Johanna sind diese Kandidaten auf Bundesebene aber weitgehend unbekannt, gehören weder den Parteivorstand noch Landesvorstand an und haben keine Landtags- oder Bundestagserfahrung. Damit wurde auch darauf verzichtet, vor der wichtigen Sitzung des Bundesausschuss am 17.11., wo eine Vorschlagsliste zur Europawahl abgestimmt werden sollte, eine Kandidatin für Niedersachsen zu benennen.

**Für Einheit der Partei**

Für große Betroffenheit in der Versammlung sorgte ein Bericht von der niedersächsischen Landesgruppe der Bundestagsfraktion, wonach es Pläne aus der Fraktion gibt, Sahra Wagenknecht als Fraktionsvorsitzende abzuwählen. Nachdem in der Diskussion auf die öffentliche Bedeutung von Sahra für die Partei einerseits und die Notwendigkeit eines geschlossenen Erscheinungsbildes

der Partei andererseits hingewiesen wurde, ist auf Initiative von Eckhard Fascher als Göttinger Landesausschussmitglied mit großer Mehrheit folgender Antrag beschlossen worden:

*„Der Landesausschuss der LINKEN Niedersachsen appelliert an die Bundestagsfraktion, Konflikte einvernehmlich zu lösen und keine Veränderung der Fraktionsspitze vorzunehmen. Die Parteivorsitzenden sind hier gefordert, zur Integration der Bundestagsfraktion beizutragen. Debatten haben sachlich, nachvollziehbar und solidarisch geführt zu werden.“*

**Was ist der Landesausschuss?**

Laut Landessatzung ist der Landesausschuss das Organ des Landesverbandes, welches besondere Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktionen gegenüber dem Landesvorstand innehat. Er bestimmt über Angelegenheiten des Landesverbandes, für die er vom Landesvorstand oder vom Landesparteitag beauftragt wird. Er unterstützt die Zusammenarbeit zwischen dem Landesvorstand und den Kreisverbänden.

Der Landesausschuss ist das Beschlussgremium zwischen den Parteitagen und besteht aus Delegierten der Kreisverbände, wobei der weitaus größere Teil der Kreisverbände, die aus weniger als hundert Genossen und Genossinnen bestehen über ein Mitglied, Göttingen als größerer Kreisverband über zwei Parteirats-Mitglieder verfügen. Dies sind Teresa Cruz Avellaneda und Eckhard Fascher, Vertreter/innen sind Katja Sonntag und Joshua Vache. EF

**Kandidatin für das Europaparlament:****► Johanna Scheringer-Wright**

Der Kreisverband Göttingen unterstützt die Kandidatur von Johanna Scheringer-Wright für das Europaparlament. Johanna lebt mit ihrer Familie im thüringischen Grenzdorf Hohengandern in direkter Nähe zum Friedländer Dorf Niedergandern.

Die 55jährige Thüringer Landtagsabgeordnete ist Mitglied des Parteivorstandes und stammt ursprünglich aus Kösching/ Oberbayern. Sie studierte Agrarwirtschaft, arbeitete in Hessen für die landwirtschaftliche Altersklasse und

in Ghana als Entwicklungshelferin. Nach einem Aufbaustudium an der Universität Edinburgh und der Geburt ihres Sohnes war sie in der Agrar- und Umweltforschung an der Universität Göttingen tätig, wo sie auch promovierte. Mitglied des Thüringer Landtages war sie von 2004 bis 2009 und ist dies wieder seit 2012. In der Zwischenzeit arbeitete Johanna als Referentin der niedersächsischen LINKEN Landtagsfraktion. Sie ist innerhalb der LINKEN die Expertin für Ökologische Landwirtschaft.



Johanna Scheringer-Wright

# DIE LINKE.

Kreisverband Göttingen/Osterode

Im Folgenden dokumentieren wir eine Pressemitteilung der GöLi-Ratsfraktion, des Kreisverbandes Göttingen/Osterode und des Ortsverbandes Göttingen der LINKEN.

## ► Es geht nicht vorrangig um eine Panne des Verfassungsschutzes, sondern um seine Ziel- und Ausrichtung und seine Methoden

Wirklich neu ist die Erkenntnis nicht, dass auch der Niedersächsische Verfassungsschutz praktisch alle Organisationen, die den Begriff links oder antifaschistisch in ihrem Namen führen und die Partei DIE LINKE systematisch überwachen und bespitzeln lässt. Das belegen auf Nachfrage die Antworten des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres.

*„Die Enttarnung des V-Mannes Gerrit Greimann mag man von Seiten des Verfassungsschutzes und von Teilen der Berichterstattung vorrangig als peinliche Panne des Verfassungsschutzes betrachten. Aus Sicht des Kreisverbandes und Ortsverbandes DIE LINKE und der WählerInnengemeinschaft Göttinger*

*Linke müssen aber andere Fragen in den Vordergrund gerückt werden“*, sagte Gerd Nier, Vorsitzender der Göttinger-Linke-Ratsfraktion:

Welche Feindbilder und Denkstrukturen existieren anscheinend in praktisch allen Gliederungen des Verfassungsschutzes, beginnend mit Herrn Maaßen und weitergeführt bis zur Chefin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes, Frau Brandenburg? Die Verbrechen neonazistischer Gruppen wie des NSU werden über ein ganzes Jahrzehnt nicht aufgedeckt, V-Leute z.T. als „agent provocateur“ in Nazi-Organisationen eingesetzt und Hetzjagden von Rechten auf ausländische Mitbürger\*innen bagatellisiert. Gleichzeitig werden Spitzel auf

Mitglieder linker Organisationen bis hin zu studentischen Gremien eingesetzt, bei denen anscheinend allein schon der Begriff links als Verdacht genügt, als staatsgefährdend eingestuft zu werden.

Im aktuellen Fall des in Göttingen eingesetzten V-Mannes interessiert uns schon, was sein konkreter Zielauftrag war und wie lange sein Einsatz schon dauerte bzw. wieviel er als Entlohnung für seine Spitzeltätigkeit aus der Steuerkasse bekommen hat.

War er möglicherweise auch noch für andere Verfassungsschutzämter oder gar das Bundesamt tätig?

Und letztlich interessiert uns auch, ob weitere V-Leute möglicherweise noch in Gliederungen der Partei DIE LINKE. Göttingen/Osterode und Mitgliedsorganisationen der Wähler\*innengemeinschaft Göttinger Linke aktiv unterwegs sind.

Nach den bekannt gewordenen Vorfällen über das Wirken von Staats- und Verfassungsschutz allein in der Region Göttingen in letzter Zeit, aber auch nach der Affäre Maaßen, ist es für uns längst überfällig, nicht nur die Arbeitsweise und die vorhandenen Denkstrukturen des Verfassungsschutzes infrage zu stellen, sondern seine Existenzberechtigung grundsätzlich anzuzweifeln.

Presseerklärung des noNPOG-Bündnisses zur Demonstration am 8.12. in Hannover

## ► NPOG verschieben reicht nicht – Der Protest geht weiter

Das neue niedersächsische Polizeigesetz kommt nicht mehr in diesem Jahr. Der geplante Sitzungsmarathon ist abgesagt. Dies wurde inzwischen dem NDR gegenüber bestätigt. Der Protest des Bündnisses #noNPOG – Nein zum niedersächsischen Polizeigesetz zeigt sich somit erfolgreich. Die Verfassungswidrigkeiten sind so enorm, dass nun auch SPD und CDU einsehen mussten, dass dieses Gesetz nicht umgesetzt werden kann.

*„Hier zeigt sich, dass der parlamentarische und insbesondere der außerparlamentarische Protest gegen dieses Gesetz seine Wirkung entfaltet,“ verkündet die Sprecherin des Bündnisses Juana Zimmermann erfreut. „Schon lange ist bekannt, dass der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtages noch*

*eine Vielzahl, von ihm selbst aber auch von Experten in der Sachverständigenanhörung aufgeworfenen Fragen, nicht beantwortet bekommt. Schließlich ist bisher erst ein Report über die ersten 29 Artikel von 109 veröffentlicht, drei weitere Berichte sollen noch folgen. Das hätte auch der angekündigte Sitzungsmarathon des Innenausschusses in der kurzen Zeitspanne nicht bewältigen können.“*

Doch auch kleine Verbesserungen im Gesetz reichen dem aus über 130 Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen bestehenden Bündnis nicht. Denn die grundsätzliche Haltung der Landesregierung, die sie mit einem solchen Gesetz offenbart, lehnen sie ab. Unter Vorschub von nicht stichhaltigen Argumenten wird ein Polizeistaat aufgebaut

auf Kosten von Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Den Bürgerinnen und Bürgern wird vermeintliche Sicherheit verkauft, doch bedeuten solche Gesetze ausschließlich Überwachung, Misstrauen und Rechtsunsicherheit. Es ist ein massiver Rechtsruck, der inzwischen leider auch in der Mitte der Gesellschaft Akzeptanz findet. Dagegen setzen wir uns deutlich zur Wehr. Deshalb plant das Bündnis #noNPOG weiterhin ihre DEMO AM 8. DEZEMBER IN HANNOVER.

*„Jetzt gilt es, den Druck der Zivilgesellschaft aufrecht zu erhalten, damit dieses in vielen Punkten verfassungswidrige Gesetz keine Chance hat, verabschiedet zu werden,“ fährt Zimmermann fort. „Wir freuen uns auf eine große, bunte und laute Demo unter dem Motto ‚Jetzt oder nie – Polizeigesetz stoppen.‘“*





Wähler\*innengemeinschaft

# Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:  
 sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

## Mitgliederversammlung Göttinger Linke zur Halbzeit-

# ▶ Viel geschafft- noch viel zu tun!

**Es war ein langer und themenreicher Abend, am 7. November: Mehr als 2,5 Stunden blickten 26 Mitglieder auf das vergangene Jahr und diskutierten die zukünftigen Aufgaben.**

Nach den üblichen Formalia berichtete Gerd Nier über die Arbeit der Ratsfraktion. Gerd wird zum Jahresende sein Ratsmandat niederlegen, was aus vielerlei Hinsicht sehr bedauerlich ist. Ein erstes wohlschmeckendes Danke-Schön-Präsent für sein jahrelanges Engagement wurde ihm vom SprecherInnenkreis überreicht. Beim traditionellen Grünkohlessen im Januar wird es aber noch weitere Gelegenheit geben, ihn gebührend zu verabschieden.

Zum Bericht der vielfältigen Aktivitäten der Fraktion sei hier nur auf das bald erscheinende ausführliche Ratsinfo verwiesen, welches in diesen Tagen an 38.000 Haushalte verschickt wurde. Die Ratsarbeit der Göttinger Linke kann sich wirklich sehen lassen! Mit unermüdlichem Elan werden zahlreiche heiße Eisen angefasst und auch bei massivem Gegenwind aus Richtung der Mehrheitsfraktionen und der Verwaltung nicht locker gelassen.

Auch aus dem Kreistag berichtete Eckard Fascher von zunehmend aggressiveren Reaktionen der SPD auf Anträge der Linken.

Hendrik Falkenberg hat im Ortsrat Grone alle Hände voll zu tun, wird aber - wie bekannt - tatkräftig von den GroBiAn'en unterstützt. Zum Thema Mietenwahnsinn oder beim Naziaufmarsch im Sommer konnte die vorbildliche Vernetzungskultur, die in Grone existiert, genutzt werden.

Auch der Rechenschaftsbericht des noch amtierenden SprecherInnenkreises zählte mehrere inhaltliche Themen der kommunalpolitischen Arbeitskreise auf. Wir waren z.B. bei den Stadtwerken zu Informationen und Häppchen geladen oder hatten den Integrationsrat der zu Besuch.

Bei der Solidaritätsveranstaltung „Ein Kleinbus für La Paz Centro“ haben sich aus dem SprecherInnenkreis

insbesondere Christian Schüler und Gunnar Siebecke engagiert.

Letzterer war zusammen mit der Ratsfraktion auch Hauptinitiator und -organisator einer Veranstaltung zum Thema „Neue Wohn-Gemeinnützigkeit-Alternative für Göttingen?“ Hierzu kam eigens der Referent Jan Kuhnert aus Berlin, aber die mangelnde Teilnahme der Mitglieder der Göttinger Linken hat die VeranstalterInnen ziemlich enttäuscht.

Dabei ist die Wohnungspolitik aktuell eines der brennendsten kommunalpolitischen Themen überhaupt!

Neben den Inhalten der politischen Arbeit muss natürlich auch die Kasse stimmen. Dass dem so ist, haben die RevisorInnen bestätigt und so konnten der Kassierer und der SprecherInnenkreis nach angeregter Diskussion mehrheitlich entlastet werden.

Damit unsere Arbeit auch Räume hat, wurde der Trägerverein Rotes Zentrum gegründet, der freudig mitteilte, dass voraussichtlich zum Jahreswechsel wieder die ursprünglichen Räumlichkeiten im Lieschen Vogel-Haus zur Verfügung stehen werden. Hier sei noch Finanzbedarf. Der neue SprecherInnenkreis wurde von der Versammlung aufgefordert, den Trägerverein hier zu unterstützen.

Bei der Wahl des SprecherInnenkreises, zu dem Dietmar Reitemeyer, Peter Strathmann und Stephan Wolf nicht mehr kandidierten, wurden Thomas Bahrs, Bärbel Safieh und Christian Schüler wiedergewählt, Eckart Fascher, Oliver Preuß und Christa Siebecke wurden neu gewählt. Zusammen stellen sie nun den neuen SprecherInnenkreis dar. Als Kassierer wurde Gunnar Siebecke wiedergewählt.

Schließlich hat sich die Mitgliederversammlung auch mit Gerd Niers Nachfolge beschäftigt. Dabei wurde ein politisches Votum dafür abgegeben, dass es wünschenswert sei, wenn Bärbel Safieh in den Rat nachrückt, da sie sich in den vergangenen zwei Jahren in der Ratsarbeit bereits eingearbeitet hat. Dieses Votum aber kann selbst-

## Kontakte:

**Wähler\*innengemeinschaft  
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,  
 Lange Geismarstraße 2  
 37073 Göttingen  
 BACK ON WIRE: [www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
 E-Mail: [sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de](mailto:sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de)

### SprecherInnenkreis:

Thomas Bahrs, Dr. Eckhard Fascher,  
 Oliver Preuß, Bärbel Safieh,  
 Dr. Christian Schüler, Christa Siebecke

### Kassierer:

Gunnar Siebecke

### Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)  
 Hiroshimaplatz 1-4  
 37083 Göttingen  
 Telefon: 0551- 400 2347  
[GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de](mailto:GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiter:

Udo Trost

### Öffnungszeiten des Büros:

Mo. 09:00 – 12:30 Uhr  
 Mi. 14:00 – 17:00 Uhr  
 Do. 13:00 – 17:00 Uhr

### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

### Mandatsträger:

Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)  
 Rolf Ralle  
 Edgar Schu

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Kein Termin im Dezember**

verständlichen nicht die gesetzlichen Regeln außer Kraft setzen.

Auf alle Fälle wird das hohe Arbeitspensum im Rat ab dem neuen Jahr auf mehr Schultern verteilt: Mit Thorsten Wucherpennig von der AntifaLinken wird eine gemeinsame Gruppe gebildet werden, so der Vorschlag der Fraktionsmitglieder, dem die Mitgliederversammlung mehrheitlich zugestimmt hat.

Also viel geschafft- noch viel zu tun. Und es wäre wünschenswert, wenn noch mehr Mitglieder der GöLinken dabei mit anpacken würden!



Antrag für Ratssitzung am 16.11.2018

1.11.2018

## Soziale Erhaltungssatzung für Grone

Der Rat möge beschließen

Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen einer Voruntersuchung die Voraussetzungen für einen Aufstellungsbeschluss für eine Soziale Erhaltungssatzung (Milieuschutzsatzung) nach § 172 Abs. 1 Nr. 2 BauGB im Stadtteil Grone zu prüfen und ggf. vorzubereiten. Das Ergebnis soll sie möglichst für das erste Quartal 2019 zur Beratung und möglichen Beschlussfassung vorlegen.

Begründung:

Wie zwischenzeitlich mehrere Mieterversammlungen in Grone, aber auch eine Stellungnahme des Rundes Tisches Grone belegen, wird befürchtet, dass die geplanten Modernisierungsmaßnahmen der Adler Real Estate zu erheblichen Mieterhöhungen in etlichen Wohnanlagen in Grone führen werden. Ohne hier auf die teilweise widersprüchlichen Angaben zu den zu erwartenden Mietpreissteigerungen näher einzugehen, kann jetzt schon abgesehen werden, dass die geplanten Maßnahmen zu erkennbaren Verdrängungsprozessen zu Lasten der jetzigen Mieter\*innen führen werden, weil sie die deutlich erhöhten Mietsätze nicht mehr zahlen können. Damit wird unausweichlich ein Prozess der Gentrifizierung und Segregation eingeleitet, der weder im Sinne der Stadt im ganzen noch des Ortsteils Grone sein dürften. Nach gängigen Kommentaren enthält das Baugesetzbuch ein Instrument, das solchen Gentrifizierungsprozessen entgegenwirken kann und soll. Die Erhaltungssatzung, auch häufig Milieuschutzsatzung genannt, nach § 172 Abs. 1 Nr.2 BauGB.

Uns ist bekannt, dass für die Einführung einer Erhaltungssatzung bestimmte Kriterien erfüllt werden müssen. Deshalb stellt unser Antrag bewusst erst einmal die Prüfung der Möglichkeit einer solchen Satzung für Göttingen in den Vordergrund. Verbunden damit ist allerdings das Ziel, bei Aussicht auf Erfolg dann auch von diesem Instrument Gebrauch auch machen zu können.

Im Rahmen schon erlassener Milieuschutzsatzungen in Nürnberg, Freiburg, Köln und weiteren Städten wurden z.B. Mietschwellenwerte entwickelt, die gebietsspezifisch als tragbar und rechtlich abgesichert gelten. Im Kontakt mit Ratsmitgliedern der Stadt Leipzig wurde uns der dort laufende Ratsantrag der Fraktionen von SPD, Grünen und Die LINKE zugesandt, der die Prüfung zur Einführung einer Erhaltungssatzung für insgesamt vier Stadtteile beinhaltet. Analog dem laufenden Antrag in Leipzig haben wir unseren vorliegenden Antrag allerdings erst einmal lediglich für einen Stadtteil abgefasst.

Obwohl die Erhaltungssatzung nach BauGB nicht vorrangig nur dem Schutz einzelner Bewohner dienen soll, wird sie doch in meist unter dem Aspekt z.B. der Begrenzung einer Höchstmiete durchaus auch als genereller Mieterschutz für Menschen in bestimmten Wohngebieten angesehen und eingesetzt.

Neben den Bemühungen der Bundesregierung den Mieterschutz zu verbessern, was sich im Beschluss eines aus unserer Sicht zwar noch verbesserungswürdigen Mietrechtsanpassungsgesetz zeigt, hat die zuständige Ministerin Frau Barley in ihrer Einbringungsrede aber auch gerade das Zusammenwirken und die Verantwortlichkeit mit den Kommunen betont. Bund, Länder und Kommunen sind im Zusammenwirken dazu aufgerufen, den sich ausufernden Mietsteigerungen, den damit verbundenen Konkurrenzkampf und den Verdrängungsprozessen entgegen zu wirken und den Bestandsmietern ein möglichst hohes Maß an Sicherheit zu verschaffen.

Da sich die Entwicklungen in Göttingen und insbesondere in ausgewiesenen Stadtteilen kaum mehr unterscheiden von den Wohn- und Mietproblemen in den Metropolen der Bundesrepublik muss der Neubau von bezahlbarem Wohnraum ein wesentlicher Bestandteil unsere Politik sein. Ebenso aber müssen wir alle Instrumente im Rahmen unserer Möglichkeiten nutzen Bestandsmieter vor für sie häufig kaum mehr tragbaren Mietsteigerungen zu schützen. Mieterschutz, so zeigen es ja die Bekundungen von Grünen und aus Teilen der SPD, scheint zwischenzeitlich ja ein gemeinsames Anliegen sein. Lassen sie uns also alle verfügbaren Maßnahmen und Instrumente prüfen und ggf. dann auch einsetzen.

*Ferdinand*

*Dara*

*T. W.*

(...) Fortsetzung „Parteiensystem im Umbruch!“ von Seite 1

(...) die die Partei direkt nach der Wiedervereinigung hatte, sie ist damit aber immer noch die mitgliederstärkste Partei knapp vor der CDU, die ebenfalls deutlich von 790.000 auf 420.000 abgesackt ist. Im Gegensatz zur CSU, die mit etwas über 140.000 Mitgliedern gegenüber 187.000 1990 relativ konstant geblieben ist. Zum Vergleich verfügen Grüne, FDP und Linke über jeweils zwischen 60.000 und 65.000 Mitglieder. (Zahlen aus Wikipedia, Mitgliederentwicklung der deutschen Parteien.)

Zukunftsprognosen für die Unionsparteien sind derzeit äußerst schwierig, da nicht nur die SPD, sondern auch beide Unionsparteien dabei sind, sich personell neu auszurichten. Die langjährige Annäherung von SPD und CDU bei gleichzeitiger Entfremdung der CSU von der CDU wäre bei einem CDU-Parteivorsitzenden Friedrich Merz sicher beendet.

**Und in Göttingen?**

Sowohl in der Stadt Göttingen als auch in weiten Teilen des Landkreises ist die SPD die dominierende politische Kraft. Im Kreistag ist sie stärkste Partei. Sie stellt den Landrat, den Göttinger Oberbürgermeister und die deutliche Mehrzahl der Gemeindebürgermeister. Lediglich in den Eichsfeld-Gemeinden Duderstadt und Gieboldehausen dominiert die CDU und stellt dort die jeweiligen Bürgermeister.

Doch auch hier macht sich die Konkurrenz der Grünen bemerkbar, die in der Stadt Göttingen traditionell stark sind. Bei den Landtags- und Bundestagswahlen 2017 und der Kommunalwahl 2016 lag die SPD zwischen 26,1 (BTW) und 36,2 Prozent (LTW) gegenüber Ergebnissen von 17,2% (BTW) und 20,5% (Stadtratswahl) für die Grünen. Mittlerweile scheint auch der bisher einigermaßen sichere Bundestags-Wahlkreis (Kreis Göttingen ohne Teile des Altkreises Osterode) zu kippen. Während auch bei den aktuell miserablen Umfragewerten für die SPD die Wahlprognosen-Internetseite election.de am 24.10. den Bundestags-Wahlkreis immer noch bei der SPD sieht, prognostiziert bereits am 19.10. wahlkreisprognose.de diesen für die Grünen.

Dennoch erscheint es im ländlichen Bereich, in dem die Grünen bisher nur vergleichsweise wenige Mitglieder haben, zumindest bei einer Kommunalwahl unwahrscheinlich, dass die Grünen auch in den ländlichen Gemeinden die SPD über-

flügeln könnten, sollte es aufgrund dieser Tendenzen nicht zu einer größeren Zahl von Übertritten kommen. Es erscheint aber auch möglich, dass es wie in der letzten Wahlperiode in Duderstadt, Friedland und Staufenberg zu Abspaltungen von SPD-Kommunalpolitikern und der Gründung neuer Wählergemeinschaften kommt. Dieser Trend könnte sich bei einer Neuausrichtung der SPD verstärken.

Auch bleibt auf der anderen Seite abzuwarten, wie sich ein Rechtsruck der CDU auf den tendenziell liberalen Kreisverband auswirken würde. Bisher ist das Verhältnis zwischen SPD und CDU aufgrund der großen inhaltlichen Übereinstimmungen vergleichsweise harmonisch. (vgl. GöBlä 6/2018, S.1+12) Auch dies könnte sich ändern.

**Und die Linke?**

In meiner Wahlanalyse nach den Wahlen 2017 (GöBlä 12/2017, S.1+12) hatte ich festgestellt, dass DIE LINKE als Wahlpartei gegenüber vergangenen Wahlen ihre Ergebnisse unter Erwerbslosen jeweils halbiert hat, während sie den Zuspruch unter jüngeren Wählern (bis 34 Jahre) sowie denen mit Abitur deutlich steigern konnte. Dieser Austausch der Wählerschaft führte landes- bzw. bundesweit zu leicht gestiegenen Wahlergebnissen.

Weder bei der Hessenwahl noch bei der Bayernwahl waren die Erwerbslosen als eigene Gruppe in den Analysen von ARD und ZDF aufgeführt worden. Auffallend ist jedoch, dass sich auch hier bestätigt, dass mittlerweile Menschen mit Abitur und junge Menschen deutlich überdurchschnittlich DIE LINKE wählen. Kein eindeutiges Bild ergibt sich bei der sozialen Lage. Entgegen anderen Landtagswahlen ist aber hier der Anteil der wirtschaftlich nicht Zufriedenen am Anteil der Gesamtwählerschaft einer Partei bei den LINKEN noch vor der AfD am höchsten, während sonst eher die AfD vor den LINKEN liegt.

*(Horst Kahrs, Wahl zum hessischen Landtag am 28- Oktober 2018, abrufbar unter: [https://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/2018-10-29\\_Ka\\_LTW18\\_HE\\_WNB.pdf](https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Themen/wahlanalysen/2018-10-29_Ka_LTW18_HE_WNB.pdf))*

Für den Landkreis Göttingen lässt dies günstige Ergebnisse für GöLinke und DIE LINKE vor allem in der Stadt Göttingen erwarten, wo es bereits bei den letzten Wahlen deutliche Zuwächse gegeben hatte:

**Landtagswahl Oktober 2017:** Stadt 9,3 % (+ 3,7%), Landkreis 5,6% (+2,8 %)

**Bundestagswahl September 2017:** Stadt 12,6% (+4,2%), Landkreis 8,3% (+2,1%)

**Kreistagswahl\* September 2016:** Stadt 8,2% (+2,1%), Landkreis 4,4% (+1,0%)

\*Aufgrund der Konkurrenz kandidatur zur Göttinger Linken werden hier der besseren Vergleichbarkeit wegen die Ergebnisse der Kreistagswahl herangezogen.

Wegen der innerparteilichen Konflikte auf Bundesebene vor allem um die Rolle von Sahra Wagenknecht, bleibt die Partei aber deutlich unter ihren Möglichkeiten. So wird die natürliche Rolle als Gegenpart zur AfD in der öffentlichen Wahrnehmung den Grünen überlassen.

Inwieweit dieser Konflikt so eskaliert, dass es sogar zu existenziellen Problemen für die Partei führen und somit die optimistische Betrachtung für Göttingen konterkariert wird, kann bei Redaktionsschluss noch nicht beantwortet werden.

EF

(...) Fortsetzung „Niederlage der Demokratie in Brasilien “ von Seite 3

(...) an fast alle Wähler, denn in Brasilien besteht für jeden zwischen 16 und 70 Jahren Wahlpflicht.

Bolsonaro wusste diese neue Ressource auszunutzen, die eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie ist.

**ZUKÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN**

Und was kann man jetzt tun? Die progressiven Bewegungen und das was von der Linken in Brasilien noch übrig ist, werden sicherlich in einer Anstrengung eine faschistische Regierung verhindern, Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftenlisten etc. organisieren. Nichts von dem scheint mir ausreichend zu sein. Man muss zu der Basis zurückkehren. Die Armen haben für das Projekt der Reichen gestimmt. Die Linke nimmt unentwegt das Wort „Volk“ in den Mund, aber sie ist nicht bereit, auf ihr Wochenende zu verzichten, um in die Favelas zu gehen, in die Dörfer, in die ländlichen Gebiete, in die Viertel, wo die Armen leben. Hier sind die Prioritäten für das heutige Brasilien: Dass die progressive Bewegung ein Projekt von Brasilien gestaltet, das politisch machbar ist. Wenn dies nicht gelingt, wird Brasilien für lange Zeit in das Zeitalter der Finsternis eintreten.